

Positionen zu bildungspolitischen Vorstössen der Herbstsession 2024

Trakt. 58 GSI 051-2024 Richtlinienmotion
2024.RRGR.71
Geleitete Familienzentren stärker unterstützen

Soder Nora, Grüne
+ 7 weitere

Der Regierungsrat wird beauftragt, geleitete Familienzentren stärker zu unterstützen, indem er
1. die bestehende enge Definition von geleiteten Familienzentren (Familienbericht 2021) auf bestehende Angebote erweitert, damit das grosse Potenzial der niederschweligen Angebote für alle Familien besser aufgezeigt wird

2. Beratung bei der Planung, beim Aufbau und bei der Professionalisierung durch eine kantonale Ansprechstelle oder Finanzbeiträge an externe Beratungsstellen

(Organisationsentwicklung, Angebote Frühe Förderung, Integrationsförderung u. a.) ermöglicht

3. zuhanden der Gemeinden und weiteren Trägerschaften kantonal gültige Kriterien und einen Leitfaden zu den Anforderungen an geleitete Familienzentren erstellt

4. regelmässige Vernetzungsangebote unter geleiteten Familienzentren zur

Qualitätsentwicklung organisiert (Austausch, gegenseitiges Lernen, Weiterbildung)

5. finanzielle Unterstützungen für Gemeinden schafft, damit sie die geleiteten Familienzentren beim Aufbau und bei der Sicherung ihrer Grundleistungen finanziell nachhaltig unterstützen können

Stellungnahme der Regierung:

Antrag: Ziffer 1: Ablehnung

Ziffer 2: Ablehnung

Ziffer 3: Annahme als Postulat

Ziffer 4: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Ziffer 5: Annahme als Postulat

Im Familienbericht 2021, der vom Grossen Rat mit Planungserklärungen verabschiedet wurde, wurden die «geleiteten Familienzentren als eine ergänzende Massnahme in der frühen Förderung aufgeführt. Allerdings mit dem Hinweis, dass die Umsetzung zusätzlicher Massnahmen an die Hand genommen werden sollen, wenn die finanzielle Situation des Kantons dies zulässt.

Ziffer 1: Geleitete Familienzentren sind definiert als Erstberatungs- und Triagestelle und durch die gute Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel. Weitere Angebote für Eltern sollen in unmittelbarer Nähe zur Verfügung stehen. Eine Erweiterung der Definition erachtet der Regierungsrat als nicht zielführend.

Ziffer 2: Dass der Kanton als Wissensträger fungieren soll, wird nicht als zweckmässige Lösung erachtet. Das notwendige Fachwissen ist in den Angeboten vor Ort vorhanden. Der Regierungsrat befürchtet mit einer Professionalisierung den Rückzug von Freiwilligen und finanziellen Aufwand, der in Strukturen statt effektiv in Angebote fliesst.

Ziffer 3: Flexibilität und Handlungsspielraum von lokalen Angeboten würden durch die Einführung von verbindlichen Kriterien möglicherweise eingeschränkt. Wenn Kriterien eingeführt werden, müssen sie überprüft werden, was zusätzlichen Aufwand generiert. Als zielführenden erachtet der Regierungsrat die Bereitstellung eines Leitfadens für Gemeinden und Gemeindeverbände für den Aufbau eines geleiteten Familienzentrums.

Ziffer 4: Der Verein Mütter- und Väterberatung organisiert in den Regionen Vernetzungstreffen. Diese Treffen ermöglichen einen fachlichen Austausch, themenspezifische Sensibilisierung und Qualifizierung unter den teilnehmenden Akteuren. Das Angebot wird auch mit bereits bestehenden regionalen Vernetzungstätigkeiten koordiniert und im Austausch mit dem Kanton umgesetzt.

Ziffer 5: Die finanzpolitische Situation des Kantons Bern bleibt weiterhin herausfordernd. Vor diesem Hintergrund schätzt der Regierungsrat eine finanzielle Unterstützung von geleiteten Familienzentren im Sinne einer Stärkung des Angebots kritisch ein. Da die im Familienbericht erwähnte Massnahme der geleiteten Familienzentren nach wie vor als eine zielführende Massnahme erachtet wird, zeigt sich der Regierungsrat aber bereit, eine finanzielle Unterstützung zu prüfen.

Stellungnahme Bildung Bern

Empfehlung: Annahme

Eine gute frühe Förderung von Kindern ist das Fundament für eine erfolgreiche Schulbildung. Aus Studien ist bekannt, dass Kinder mit schlechter Förderung in der frühen Kindheit während der ganzen Schullaufbahn benachteiligt sind im Vergleich mit Kindern, die ausreichend sprachliche, motorische und sensorische Erfahrungen haben erleben können. Familienzentren unterstützen Familien in der frühen Phase der Kindheit. Sie können wesentlich zu einer gesunden Entwicklung und zu einem guten Start in der Bildungslaufbahn beitragen. Bildung Bern setzt sich dafür ein, dass Kinder in der frühen Kindheit und ihre Familien mit niederschweligen Angeboten unterstützt werden können.

Ziffer 1: Ein etwas weiteres Verständnis der geleiteten Familienzentren wird begrüsst. Insbesondere die definierte gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln scheint befremdlich. Ebenso die Beschränkung auf die Funktion von Erstberatung und Triage. Vorstellbar ist, dass z.B. Private oder Vereine niederschwellige Angebote für Kinder und ihre Begleitpersonen machen.

Ziffer 2: Eine kantonale Ansprechstelle zur Beratung von Gemeinden, die am Aufbau eines Familienzentrum interessiert sind, unterstützt lokale Initiativen, schafft Synergien und vernetzt. Bildung Bern sieht in der vom Regierungsrat befürchteten Professionalisierung eine Effizienzsteigerung, da die Gemeinden vom Knowhow dieser Stelle profitieren können und nicht alle Erfahrungen selbst machen müssen. Jeder Gemeinde ist autonom darin, wie sie das Verhältnis von Berufsleuten und Freiwilligen gestaltet. Eine Ansprechstelle gefährdet nicht per se die Freiwilligenarbeit.

Ziffer 3: Im Kanton Bern sind 32 geleitete Familienzentren, bzw. Begegnungsorte für Familien in Betrieb. Das Wissen und die Erfahrungen dieser Zentren in einem Leitfaden zu bündeln und daraus Kriterien oder auch einfach Gelingensbedingungen zu formulieren, erachtet Bildung Bern als Massnahme zur Bündelung von Knowhow und Erfassen von Erfahrungen. Kriterien im Sinn von Empfehlungen können als Leitlinien und Hilfen und demzufolge als Dienstleistung für Gemeinden dienen und müssen nicht zwingend Verwaltungsaufwand auslösen.

Ziffer 4: Gemäss Mütter- und Väterberatung finden die Treffen in 16 Regionen statt. Sie bieten ein- bis zweimal jährlich den Rahmen für einen Fachaustausch, die themenspezifische Sensibilisierung, die koordinierte Vernetzung, Kooperationen sowie den Austausch mit dem Kanton. Teilnehmer:innen sind unter anderen Hebammen, Pädiater:innen, Mitarbeitende von Geburtsspitalern und Erziehungsberatung, Spielgruppenleitende, Personal von Kitas, der KESB oder der Berner Gesundheit. Ob in solch grossen und diversen Gruppen von

Stakeholdern der obgenannte Zweck erfüllt werden kann, darf in Frage gestellt werden. Bildung Bern sieht Potential in einer Vernetzung von Familienzentren und einem spezifischen Wissensaustausch.

Ziffer 5: Die guten Erfahrungen beim Aufbau von Tagesschulen können beim Aufbau von Familienzentren einbezogen werden. Von den Leistungen von Familienzentren profitiert der Kanton in Form von besseren Startbedingungen von Kindern in der Schule, von besseren Bedingungen für Familien dank Vernetzung und niederschweligen Beratungsmöglichkeiten.

Trakt. 63 BKD 107-2024 Motion
2024.RRGR.163

Müller Mathias, SVP
Fraktionsvorstoss SVP

Demokratischen Austausch fördern – Ausgrenzung unterbinden

Der Regierungsrat wird beauftragt, klare Haltungen wie die des Rektors der Universität Bern, Prof. Dr. Christian Leumann, zu stärken, indem er

1. sich zur politischen Neutralität der Bildungseinrichtungen bekennt und dafür sorgt, dass diese jederzeit gewährleistet ist;

2. das Seine dazu beiträgt, Besetzungen, Bestreikungen u. ä. von kantonalen Bildungseinrichtungen sofort aufzulösen, keine politischen Transparente, Flyer etc. auf dem Gelände der Bildungseinrichtungen mehr zu tolerieren sowie die Leitungen der kommunalen Volksschulen daran zu erinnern, dass der Unterricht gemäss Kantonsverfassung politisch neutral zu erfolgen hat;

3. dem politisch neutralen Staatskundeunterricht an Bildungseinrichtungen aller Stufen wieder die Bedeutung zumisst, die bereits 2019 vom Grossen Rat mit der Überweisung der Motion 106-2019 (2019.RRGR.126) «Kein Demozwang an Volksschulen – politische Neutralität der Schule wieder durchsetzen!» von Grossrat Krähenbühl verlangt und von der Regierung auch versprochen wurde.

Stellungnahme der Regierung:

Antrag: Annahme

Ziffer 1: Für den Regierungsrat steht ausser Frage, dass kantonale Bildungseinrichtungen und die Schulen der Berner Gemeinden wie von der Verfassung des Kantons Bern vorgegeben, den politisch und konfessionell neutralen Unterricht zu gewährleisten haben.

Ziffer 2: Der Regierungsrat und namentlich die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) haben bereits in der jüngeren Vergangenheit verschiedentlich die Leitungen von Bildungsinstitutionen an ihren Auftrag erinnert, im Falle von politisch motivierten Störungen des Lehrbetriebs diese Mittel unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit anzuwenden. Die BKD wird dies bei entsprechendem Anlass auch wieder tun.

Ziffer 3: Der Grundsatz der politischen Neutralität war bei den Besetzungsaktionen an der Universität Bern nicht tangiert. Die Verantwortung für die Aktionen lag nicht bei der Universität. Eine allfällige freiwillige Teilnahme von Einzelnen stellt keine Verletzung des Gebots politisch neutralen Unterrichts dar. Diese Personen müssen aber auch die persönlichen Konsequenzen tragen, falls sie im Zuge von politischem Aktivismus eines strafrechtlich relevanten Delikts schuldig gemacht haben sollten.

Stellungnahme Bildung Bern

Empfehlung: Annahme und Abschreibung

Ziffer 1: Politisch und konfessionell neutrale Bildungseinrichtungen sind eine Selbstverständlichkeit und in der Verfassung festgehalten. Neutral bedeutet nicht, dass politische Inhalte in den Bildungseinrichtungen nicht diskutiert werden sollen. Im Gegenteil. Die Bildungseinrichtungen sind gefordert, die Meinungsbildung zu unterstützen und damit zur Einübung der demokratischen Prozesse beizutragen.

Ziffer 2: Politisch neutraler Unterricht heisst auch, dass Informationen und Material ausgewogen sein müssen. Dazu gehören Flyer, Wahl- und Abstimmungsmaterial, Hinweise auf überparteiliche Veranstaltungen. Originalmaterial und relevante, aktuelle politische Themen sprechen die Jugendlichen an und führen sie hin zum Interesse an politischer und anderer Debatte und zum späteren Abstimmungs- und Wahlrecht. Schweizdebattiert und Campus für Demokratie bieten gute Angebote dafür an. Bildung Bern unterstützt diese.

Ziffer 3: Politisch neutraler Staatskundeunterricht darf Lehrpersonen nicht davon abhalten, aktuelle politische Themen aufzunehmen und zu diskutieren. Sie sollen den Unterricht wertfrei und ausgewogen gestalten. Der Lehrplan 21 und die Rahmenlehrpläne der Gymnasien und Berufsfachschulen bilden die Grundlage dazu.

«Öffentliche Bildungseinrichtungen haben den Auftrag einen geordneten Lehrbetrieb zu gewährleisten. Bei Störungen des Betriebs müssen Leitungsorgane geeignete und verhältnismässige Massnahmen ergreifen, um diese Störung zu beheben.» (Zitat Antwort Regierungsrat) Während einer Aktion im Gymnasium Kirchenfeld im Juni 2023 zu den Themen Klimagerechtigkeit und Ökofeminismus konnte der reguläre Unterricht weiterhin durchgeführt werden. Die Störung des Betriebs blieb gering und konnte dank der verhältnismässigen Reaktion der Leitung friedlich und ohne Schaden beendet werden. Diese Verhältnismässigkeit ist unbedingt zu wahren.

Trakt. 64 BKD 009-2024 Richtlinienmotion
2024.RRGR.67
Für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz bei Erasmus+

de Quervain Anna, Grüne
+ 7 weitere

Der Regierungsrat wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden und sich dafür einzusetzen, dass der Bundesrat den eidgenössischen Räten eine Finanzierungsbotschaft für Erasmus+ vorlegt.

Stellungnahme der Regierung:

Antrag: Annahme

Die durch Erasmus+ ermöglichte Mobilität trägt zur Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Schweiz bei und stärkt die internationale Sichtbarkeit der Schweiz in der europäischen Bildungslandschaft. Gleichzeitig erlaubt der Austausch über Erasmus+ zahlreichen jungen Menschen aus der Schweiz eine berufliche, akademische, menschliche und interkulturelle Horizonterweiterung.

Die Schweiz ist seit dem Jahr 2014 nicht mehr Programmland von Erasmus+. Damit weiterhin Mobilität mit den Programmländern von Erasmus+ möglich ist, hat der Bundesrat eine mit Schweizer Geldern finanzierte Lösung verabschiedet. Diese «Schweizer Lösung» vermag teilweise, jedoch nicht vollständig die Möglichkeiten von Erasmus+ zu ersetzen. So ist die

Schweiz zurzeit von bestimmten Organen, Expertengruppen und Kooperationen ausgeschlossen. Auch ist der administrative Aufwand für die Hochschulen mit der «Schweizer Lösung» erheblich grösser geworden.

Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motionär:innen, dass die Schweiz als vollassoziertes Mitglied bei Erasmus+ teilnehmen sollte. Er sich bereit sich bei den Bundesorganen im Rahmen seiner Möglichkeiten einzusetzen.

Stellungnahme Bildung Bern

Empfehlung: Annahme

Bildung Bern unterstützt die Argumentation des Regierungsrates und begrüsst den Vorstoss.

Der Berufsverband betont die Dringlichkeit des Anliegens, da mit jedem Jahr der Nichtassoziiierung junge Menschen und der Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz Nachteile erfahren.

Verabschiedet von der Geschäftsleitung Bildung Bern

Anna-Katharina Zenger
Leiterin Gewerkschaft
Bern, 29.08.2024